

4809/J XX.GP

### Anfrage

der Abgeordneten Dr. Martina Gredler, Dr. Volker Kier und PartnerInnen  
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten  
betreffend österreichische Positionen und Ziele in wirtschaftspolitischer Hinsicht im  
Rahmen der EU - Präsidentschaft

Im Zuge der Vertiefung der europäischen Integration werden traditionelle nationale  
Instrumente der Wirtschaftspolitik in zunehmenden Maße unwirksam. Es stellt sich somit für  
Österreich die Herausforderung, diese bewußt auf die europäische Ebene übertragenen  
wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume am Vorabend der Verwirklichung der dritten  
Stufe der Wirtschafts - und Währungsunion im Rahmen der EU - Präsidentschaft zielstrebig  
wahrzunehmen. In diesem Zusammenhang kommt dem Wirtschaftsminister eines  
vorsitzführenden Landes bei der Formulierung und Umsetzung wirtschaftspolitischer  
Positionen und Maßnahmen eine weit über seine eigentlichen Kernkompetenzen  
hinausreichende koordinierende Bedeutung zu.

Sowohl das Programm der österreichischen EU - Präsidentschaft 1998, als auch die  
Erklärungen der Bundesminister für Finanzen und für wirtschaftliche Angelegenheiten vor  
dem hohen Haus am 9. Juli 1998 zur wirtschaftlichen Lage haben vor dem Hintergrund der  
übergagenden Bedeutung aktueller Integrationsprozesse in der Europäischen Union  
wesentliche Fragen zum Teil unbeantwortet lassen. Die österreichische Wirtschaft hat diese  
Fragen aber im Wege ihrer Interessenvertretungen gestellt, Ideen entwickelt und konkrete  
Anregungen in den Raum gestellt (vgl. z.B. Europainformation der Vereinigung der  
österreichischen Industrie Nr.48/1997 und Nr.51/1998). Transparente berechenbare Politik  
fordert die Akzeptanz der Europäischen Union in der Bevölkerung. Auch die Wirtschaft muß  
wissen, was sie erwartet. Diese Transparenz ist angesichts der anstehenden Aufgaben und  
der erfolgreich gemeinsam zu bewältigenden politischen Herausforderungen zu erhöhen.  
Zu diesen Herausforderungen zählt insbesondere die europaweite Bewältigung der  
Beschäftigungsproblematik und die aktive Gestaltung der Zukunft der Arbeit. In den  
nationalen Beschäftigungsplänen finden sich (neben überkommenen und wenig  
aussichtsreichen strukturkonservierenden Ansätzen) durchaus auch interessante neue Ideen,  
die der unverzüglichen Umsetzung in die Praxis harren. Eine wirtschaftsnahe  
Qualifikationsoffensive, neue Arbeitsorganisationsformen (Arbeitszeitflexibilisierung), eine  
unbürokratische JungunternehmerInnenoffensive, die Senkung der Arbeitskosten, die  
Bereitstellung der bestmöglichen technischen Standortinfrastruktur und die Schaffung neuer  
wirtschaftsnäherer Kriterien für die Vergabe von Beihilfen aus dem Europäischen  
Sozialfonds, um diesen als echtes strukturpolitisches Instrument zur Bekämpfung der  
Arbeitslosigkeit zu definieren, sind wesentliche Elemente einer effektiven europäischen  
Beschäftigungspolitik.

Auch im Bereich des Umweltschutzes bedarf es dringender Weichenstellungen, mit dem  
Ziel, die Umweltsituation zu verbessern, positive Auswirkungen auf die Wirtschaft im  
internationalen Wettbewerb zu entfalten und letztlich auch Chancen aus technologischer

Entwicklung auf Zukunftsmärkten wahrzunehmen. Ziel muß die Harmonisierung der Umweltstandards in Europa auf hohem Niveau sein. Für die mittel - und osteuropäischen Staaten müssen im Zuge der Beitrittsverhandlungen Etappenfahrpläne für die Übernahme des EU - Umweltrechtes erarbeitet werden (Produktnormen und Anlagenstandards). Bei allen umweltpolitischen Maßnahmen und Verhandlungen muß aber auch größtmögliche Sensibilität hinsichtlich der Hintanhaltung von Wettbewerbsverzerrungen aufgebracht werden. Dem Paradigmenwechsel, der sich in der zunehmenden Abkehr vom und Ver - und Gebotssystem hin zu einem europäischen Umwelthaftungsrecht manifestiert, ist Rechnung zu tragen.

Die Steueroordinierung ist eine der zentralen Aufgaben der Europäischen Union und muß unter österreichischer Präsidentschaft mit Vehemenz vorangetrieben werden. Im Bereich der Unternehmensbesteuerung müssen Doppelbesteuerungen bei grenzüberschreitender Wirtschaftstätigkeit beseitigt und Konzernverluste EU - weit (harmonisiert) berücksichtigt werden. Auch müssen grenzüberschreitende Konzernumstrukturierungen erleichtert werden, wie es insgesamt einer Vereinfachung der steuerlichen Rahmenbedingungen (vor allem auch im Interesse der KMUs) bedarf. Darüber hinaus wird im Bereich der Umsatzsteuer die von der Kommission geplante Einführung eines Ursprungslandsystems von der österreichischen Präsidentschaft nachhaltig zu betreiben sein. Die weitgehende Harmonisierung im Bereich der Energiesteuern ist schließlich ein Gebot der Fairneß im europäischen Wettbewerb.

Von wesentlicher Bedeutung für die europäische aber auch österreichische Wirtschaft ist ohne Zweifel die in die österreichische Präsidentschaft fallende Verabschiedung des 5.

Rahmenprogrammes für Forschung und technologische Entwicklung sowie der spezifischen Programme. Die Bundesregierung ist aufgefordert, bei Wahrnehmung dieser Aufgabe auf die Aspekte der unbürokratischen Abwicklung, der wirtschaftlichen Umsetzungsorientierung und der Einbeziehung der kleinen und mittleren Unternehmen verstärktes Augenmerk zu legen.

Da 1999 die europäischen Bildungs- und Mobilitätsprogramme (Leonardo und Sokrates) auslaufen und neu zu gestalten sind, fallen in die Zeit der österreichischen Präsidentschaft wesentliche Weichenstellungen auch im Bereich der Bildung. Besonderes Augenmerk wird auch und vor allem der Berufsausbildung der europäischen Jugend zu schenken sein.

Die Schlüsselrolle der kleinen und mittleren Unternehmen für die Beschäftigungsentwicklung und das Wirtschaftswachstum in Europa ist unbestritten. Es bedarf daher einer verstärkten Koordination der gesamteuropäischen und der nationalen KMU - Politiken. Bürokratische Hemmnisse müssen rigoros abgebaut, die Kostenbelastung durch Gesetzes - und Verwaltungsvereinfachung (z.B. einfacheres europäisches Mehrwertsteuersystem) erheblich gesenkt, der Zugang zu europäischen F&E - Programmen erleichtert sowie die Finanzierungsbedingungen verbessert werden.

Die Verwirklichung des transeuropäischen Wegenetzes ist bisher vor allem an der Finanzierungsfrage gescheitert. Daher ist insbesondere auch privates Kapital für die Erhaltung und Erweiterung bestehender und den Bau neuer Verkehrsinfrastrukturen zu mobilisieren. Der Binnenmarkt im Energiebereich muß in allen EU - Ländern verwirklicht werden, um die europäische Wirtschaft im globalen Wettbewerb zu stärken und innereuropäische Marktverzerrungen abzubauen. Diese Ziele sind mit den (auch in der EU - Richtline vorgesehenen) ökologischen Elementen zu harmonisieren. Der kürzlich beschlossene österreichische Weg ist in diesem Bereich leider nicht vorbildlich.

Darüber hinaus müssen Fortschritte erzielt werden hinsichtlich der Harmonisierung des europäischen Gesellschaftsrechts (Aktienrecht, Übernahmerecht, Konzernierung etc.). Nämliches gilt für die europäischen Wettbewerbsbedingungen. Das betrifft die Weiterentwicklung des europäischen und der nationalen Kartellrechte ebenso, wie die Neuausrichtung des zukünftigen Regimes der europäischen Beihilfenaufsicht und das öffentliche Vergabewesen. Der Wichtigkeit des gesamten (noch recht zersplitterten) Rechtsrahmens der Europäischen Union als Standortfaktor muß durch ständige Rechtsbereinigungsmaßnahmen, Kodifizierungen, Wiederverlautbarungen sowie das Verbot rückwirkender Regelungen Rechnung getragen werden.

Das Liberale Forum erblickt für Österreich - neben generellen politischen Erwägungen und friedenspolitischen Aspekten - auch enorme wirtschaftliche Chancen in einer Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Diese Staaten stellen insbesondere für die österreichische Industrie (aber auch Dienstleister) wichtige Hoffnungsmärkte dar. Vor allem soll aber einer europäischen Desintegration entgegengewirkt und der demokratische Reformprozeß in den betreffenden Ländern wirksam unterstützt werden. Zudem geht eine jüngst vorgestellte Studie im Fall des Beitritts von einem Wohlfahrtseffekt für Österreich von 0,8% des BIP aus.

Nicht zuletzt auch vor diesem Hintergrund bedarf die Europäische Union umfassender Strukturverbesserungen im Rahmen der Agenda 2000, wozu eine Reform der strukturpolitischen Instrumente, der Agrarpolitik und der Finanzierung der Union ebenso gehören, wie die Förderung des Demokratisierungsprozesses in der Europäischen Union bei Steigerung der Effizienz "europäischer Entscheidungsfindungen".

Die österreichische Präsidentschaft hat also ihre gesamte Energie auf die Fortentwicklung des Europäischen Weges konzentriert. Das bedeutet zum gegenwärtigen Zeitpunkt vor allem: Vorbereitung der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, Überprüfung der Fortschritte der Beitrittskandidaten, Bewertung der Nationalen Aktionspläne für Beschäftigung, intensive Fortführung der Verhandlungen zu den einzelnen Teilbereichen der Agenda 2000, Finalisierung des 5. Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung sowie die nachdrückliche Umsetzung des Aktionsplans zur Vollendung des Binnenmarkts bis 1.1.1999. Solcherart wird die Chance genutzt, die Position der europäischen Wirtschaft im globalen Wettbewerb zu verbessern und Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Unternehmen letztlich ermöglichen, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Das Programm der österreichischen EU - Präsidentschaft bleibt aber gerade in diesen Punkten äußerst vage, wodurch der gewünschte Fortschritt am Ende des Jahres in Frage gestellt wird.

Die kürzlich erfolgte Übernahme der Präsidentschaft in der Europäischen Union durch Österreich erfordert im Interesse des großen gemeinsamen Projektes die Offenlegung der einschlägigen österreichischen Positionen, Maßnahmen und Ziele in wirtschaftspolitischer Hinsicht. In Anbetracht des nur ein halbes Jahr währenden Vorsitzes der österreichischen Bundesregierung in der Europäischen Union stellen die unterzeichneten Abgeordneten daher zur Erhöhung der Berechenbarkeit der Politik nachfolgende

**Anfrage**

1. Welche Möglichkeiten einer koordinierten europäischen Wachstums - und Beschäftigungspolitik sehen Sie, und welcher Instrumente bedarf es auf europäischer Ebene, um die Voraussetzung für ein beschäftigungsintensives Wachstum zu schaffen?
2. Welche Position wird seitens der österreichischen Präsidentschaft hinsichtlich der Bedeutung einer möglichst wirtschaftsnahen Qualifikationsoffensive für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft und die europaweite Bewältigung der Beschäftigungsproblematik eingenommen, und welche Maßnahmen und Schritte sind geplant?
3. Welche Position wird seitens der österreichischen Präsidentschaft hinsichtlich der Bedeutung neuer Arbeitsorganisationsformen insbesondere der Arbeitszeitflexibilisierung für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft und die europaweite Bewältigung der Beschäftigungsproblematik eingenommen, und welche Maßnahmen und Schritte sind geplant?
4. Welche Position wird seitens der österreichischen Präsidentschaft hinsichtlich der Bedeutung einer echten europäischen JungunternehmerInnenoffensive für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft und die europaweite Bewältigung der Beschäftigungsproblematik eingenommen, und welche Maßnahmen und Schritte erscheinen aus Ihrer Sicht unmittelbar umsetzbar?
5. Welche Maßnahmen und Schritte erscheinen aus Ihrer Sicht hinsichtlich der Harmonisierung der Arbeitskosten in der Europäischen Union umsetzbar?
6. Welche Position wird seitens der österreichischen Präsidentschaft hinsichtlich der Bedeutung die Bereitstellung der bestmöglichen technischen Standortinfrastruktur für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft und die europaweite Bewältigung der Beschäftigungsproblematik eingenommen, und welche Maßnahmen und Schritte sind geplant?
7. Existieren seitens der österreichischen Präsidentschaft Vorstellungen oder Pläne für die Schaffung neuer wirtschaftsnäherer Kriterien für die Vergabe von Beihilfen aus dem Europäischen Sozialfonds, um diesen im Zuge der Umstrukturierung der Strukturfonds und ihrer Zielgebiete als echtes strukturpolitisches Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu definieren?
8. Welche (europäischen) Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes bedarf es aus Ihrer Sicht, um neben einer Verbesserung der Umweltsituation auch positive Auswirkungen auf die Wirtschaft im internationalen Wettbewerb zu entfalten und letztlich auch Chancen aus technologischer Entwicklung auf Zukunftsmärkten wahrzunehmen?
9. Welche Ziele halten Sie bei der Formulierung einer europäischen Geldpolitik für sinnvoll?
10. Wie wirkt sich aus Ihrer Sicht die Asymmetrie zwischen zentral definierter Geldpolitik und den weitgehend noch dezentral definierten übrigen Politikfeldern aus?

11. Ergibt sich Ihrer Einschätzung zu folge aus dieser Asymmetrie die Notwendigkeit einer gemeinsamen Steuerpolitik?
12. Welche neuen Herausforderungen erblicken Sie im Entfall des Wechselkursmechanismus für die nationalen Lohn - und Einkommenspolitiken, und wie begegnen Sie diesen?
13. Welche Folgen ergeben sich für die nationalen Wohlfahrtssysteme aus der Existenz von Steuerwettläufen innerhalb der WWU?
14. Welche Möglichkeiten der Koordinierung der europäischen Steuersysteme sehen Sie?
15. Welche Auffassung vertreten Sie hinsichtlich der Forderung auf Beseitigung von Doppelbesteuerungen bei grenzüberschreitender Wirtschaftstätigkeit?
16. Welche Position vertreten Sie hinsichtlich der von der Kommission geplanten Einführung eines Ursprungslandsystems, und welche Aktivitäten in dieser Richtung sind Ihres Wissens während der österreichischen Präsidentschaft geplant?
17. Welche Bedeutung für die europäische aber auch österreichische Wirtschaft messen Sie der in die österreichische Präsidentschaft fallenden Verabschiedung des 5. Rahmenprogrammes für Forschung und technologische Entwicklung sowie der spezifischen Programme bei?
18. Welche Differenzen stehen einer Einigung über das 5. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung noch entgegen?
19. Halten Sie eine Aufstockung der Mittel, wie von Kommission und Rat empfohlen, für sinnvoll?
20. Wie kann den Aspekten der unbürokratischen Abwicklung, der wirtschaftlichen Umsetzungsorientierung und der Einbeziehung der kleinen und mittleren Unternehmen bei der Umsetzung des 5. Rahmenprogrammes für Forschung und technologische Entwicklung entsprechend Rechnung getragen werden?
21. Welche Bedeutung für die europäische aber auch österreichische Wirtschaft messen Sie der Verbesserung der Berufsausbildung der europäischen Jugend bei, und wie ist eine solche aus Ihrer Sicht europaweit zu erreichen bzw. sähe diese aus?
22. Teilen Sie die Auffassung, daß den kleinen und mittleren Unternehmen eine Schlüsselrolle für die Beschäftigungsentwicklung und das Wirtschaftswachstum in Europa zukommt?
23. Welche Möglichkeiten einer verstärkten Koordination der gesamteuropäischen und der nationalen KMU - Politiken sehen Sie?
24. In welchen Bereichen erblicken Sie Möglichkeiten bürokratische Hemmnisse für kleine und mittlere Unternehmen europaweit abzubauen?
25. Sehen Sie Möglichkeiten, die Kostenbelastung für kleine und mittlere Unternehmen durch Gesetzes - und Verwaltungsvereinfachungen zu senken?

26. Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Zugang zu europäischen F&E - Programmen für kleine und mittlere Unternehmen zu erleichtern?
27. Welche Schritte sind während der österreichischen EU - Präsidentschaft geplant, privates Kapital für die Erhaltung und Erweiterung bestehender und den Bau neuer Verkehrsinfrastrukturen zu mobilisieren?
28. Durch welche weiteren Maßnahmen wird die Verwirklichung des Binnenmarkts im Energiebereich in allen EU - Ländern gewährleistet?
29. Welche nächsten Schritte sind in Österreich (über das kürzlich beschlossene ELWOG hinaus) zu erwarten, um allen Kriterien der Richtlinie für die Verwirklichung des Binnenmarkts im Energiebereich zu genügen?
30. Welche Fortschritte erwarten Sie sich hinsichtlich der Harmonisierung des europäischen Gesellschaftsrechts (Aktienrecht, Übernahmerecht, Konzernierung etc.) von der österreichischen EU - Präsidentschaft?
31. Welche Fortschritte erwarten Sie sich hinsichtlich der Weiterentwicklung des europäischen und der nationalen Kartellrechte von der österreichischen EU - Präsidentschaft?
32. Welche Fortschritte erwarten Sie sich hinsichtlich der Neuausrichtung des zukünftigen Regimes der europäischen Beihilfenaufsicht und des öffentlichen Vergabewesens?
33. Werden Sie sich innerhalb der Europäischen Union persönlich für einen möglichst weitgehenden europaweiten Verzicht auf rückwirkende Regelungen einsetzen?
34. Welche Positionen werden seitens der österreichischen Präsidentschaft hinsichtlich der EU - Integration der mittel - und osteuropäischen Beitrittswerber in welcher Form aktiv vertreten, und welche wirtschaftlichen Chancen erblicken Sie in einem Beitritt zum frühestmöglichen Zeitpunkt?
35. Welche Aspekte der Institutionenreform der Europäischen Union haben für Sie aus wirtschaftspolitischer Sicht Priorität?
36. Welche Rolle soll aus Ihrer Sicht den europäischen Verbänden bei der Formulierung und Umsetzung der europäischen Wirtschaftspolitik zukommen?
37. In welcher Form planen Sie, das Parlament über wirtschaftspolitische Aktivitäten auf EU - Ebene während der österreichischen Präsidentschaft regelmäßig auf dem Laufenden zu halten?